

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Redaktionsverhältnisse:
Nr. 113
Druck u. Verlag: Auer Verlagsgesellschaft m. b. H. Auer, Erzgebirge, Auer-Tagblatt Erzgebirge, Jernsprech-Anstalt Nr. 25.

Abonnementpreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 3,50 Mt. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 3,00 Mt. Bei der Post bezahlt und selbst abgeholt vierteljährlich 10,50 Mt., monatlich 3,50 Mt. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 11,00 Mt., monatlich 3,60 Mt. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Inlere Zeitungsanträge und Abbestellungen, sowie alle Politenhalten und Bestellfragen nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Nebenzeitschriften Zeitungsblätter oder deren Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg 10 Pf., auswärtige Anzeigen 40 Pf., Anzeigerzeitung für Auer und den Bezirk Schwarzenberg 10 Pf., sonst 150 Pf. Bei größeren Abchlüssen entsprechend Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9 Uhr vorm. Für Schluss im Geb. kann Gemälde nicht geliefert werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 113

Mittwoch, den 19. Mai 1920

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Die deutsche Regierung hat in einer Note an die Alliierten die Tragung der Kosten für die militärische Weisung Straßburgs abgelehnt.

Poincaré übermittelte Millerand sein Rücktrittsgesuch als Mitglied der Wiedergutmachungskommission.

Millerand wird im Finanzausschuß und im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten am Sonnabend über die Verprechung von Osththte Bericht erstatten.

Die Journalen mittelst, glaubt der Untersuchungsrichter auf Grund der beschlagnahmten Papiere eine revolutionäre Organisation zur Errichtung einer Sowjetrepublik in Frankreich entdeckt zu haben.

Reichseinheit.

Von Professor Dr. Weherle,
Mitglied der Nationalversammlung.

Das Thema Reichseinheit interessiert angesichts der bevorstehenden Wahlen ganz besonders. Wir gehen mit nachstehenden Ausführungen dem bekannnten deutschen Gelehrten, der als Politiker an der Schaffung der Verfassung hervorragend beteiligt war, das Wort.

Der Gewaltstreik von Versailles hat Übergang Deutsche aus dem Schoße des Vaterlandes verbannt. Darum steht das Gebot der Reichseinheit heute am höchsten. Es erfordert eine geschlossene Front nach außen und nach innen. Einest ist durch das andere nicht zu erreichen. Es hat unmittelbar nach der Revolution unmittelbar vor dem Friedensschluß und als Folge der Märzereignisse dieses Jahres Augenblicke gegeben, in denen die Gefahr der Reichserzitterung, das heißt der Zerfall der Einheit, drohte, und die deutsche Nation, in die Stimmungen des Auslandes werden an dem Nationalstimm der Deutschen, der sich aus Unterdrückung und Not erhob, zerschellen. Für die innere Front aber sollte verstanden werden, berechnete Selbstbestimmungsbestrebungen Deutscher mit leichtfertigen Trennungspänen zu vermengen und so die politische Atmosphäre zu vergiften. Wir alle erheben von der Zukunft die Wiedervereinigung aller Deutschen nach freiem Selbstbestimmungsrecht in einem gemeinsamen Vaterlande. Wir alle reichen den deutschen Völkern Oesterreichs die Hand und werden den Tag grüßen, an dem ihre gerechte Forderung nach Wiedervereinigung sich nicht mehr am Strassenamt unserer Gegner bricht. In alledem ist eine die Voraussetzung: das deutsche Volk muß wirklich einig in seinen Stimmungen sein und von dem Willen besetzt, sein demokratisches Reich im Geiste der Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern. Wir wollen unseren getrennten Brüdern und der ganzen Welt das Beispiel vorleben, daß die Entfesselung aller aufbauenden Kräfte immer mehr in dem einen politischen Grundrassord zusammenklänge: Reichseinheit!

Da gibt es Hemmungen aus dem Weg zu räumen und alles zu befördern, was dem hohen Ziel der Einheit dienen kann. Unsere Innenpolitik darf sich nicht von Machtinkinsten leiten lassen. Es bedeutet eine gewalttätige Aufgabe, in der furchtbaren Not unseres Volkes, dessen Seele nervös zerrissen ist, ein freiheitliches, glückbringendes, einig Reich aus den Trümmern zu schaffen. An die Reichsregierung werden die höchsten Anforderungen gestellt. Ueber die Kritik des Unverstandes und des bösen Willens wird sie hinweggehen müssen. Sie selbst aber muß sich vor Willkürherrschaft hüten und nicht in den alten Fehler verfallen, in übertriebenem Zentralismus alles von oben her reglementieren zu wollen. Echte Demokratie muß von unten aufgebaut werden. Das neue Reich kann nicht mit Machtpotenz allein regiert werden. Ja, selbst die nötige Machtstellung und Autorität der Reichsleitung kann nur langsam wachsen. Nichts befruchtet dies Wachstum mehr als weite politische Mäßigung in der Handhabung der Zentralgewalt. Vom großen Tisch aus wird der Radius der eigenen Macht leicht überschätzt, werden echte und berechnete Volksabstimmungen nicht immer anerkannt. Reichseinheit heißt nicht schrankenloser Einheitsstaat. Gewiß, durch den Zusammenbruch des Alten sind manche Kraftquellen des Reiches verschlossen worden, denen allzulange geschichtliche Hemmungen das natürliche Wert versperrt hatten. Besonnene Kenner der politischen Lebensbedingungen Deutschlands und seiner Stämme sollten heute darin einig gehen, daß weder ein übermäßig noch ein übermäßig einheitsstaat möglich ist, sondern nur eine bundesstaatliche Demokratie, die auch den Schein gewalttätiger Unterdrückung der Reichsglieder vermeidet.

Was fördert darum die Reichseinheit? Eine Klärung der Reichsgeschichte, die realpolitisch zu Werke geht und nicht eine Theorie der Schablonen unter Ueberpannung und Ueberhöhung der Zentralmacht durchdrücken will. Ein wohlüberlegener Ausgleich zwischen Reich und Gliedern, der den Reichtum deutscher Stamme und den Wert der Bundesstaatlichkeit geltend macht. Eine wahre Demokratie, die den Geist der Gleich-

berechtigung nicht nur gegenüber dem Individuum, sondern auch gegenüber den lebensvoll durch die Stürme der Zeit hindurchgeretteten Verbänden wahren läßt. Aufrichtige Kooperationsarbeit der großen Parteien, auf deren Schultern des Reiches Last und Zukunft ruht. Aufrichtig muß diese Arbeit sein, das will sagen, nicht der Kaltblüt des Parteintagens und des taktischen Kompromisses, sondern vertrauensvolle Hand-in-Hand-Arbeit zum Wohle des Ganzen muß ihr Leitstern sein. In dieser Hinsicht hat die oft geschmähte Nationalversammlung und ihr Koalitionskabinet in vielfachem Beslang vorbildliche Arbeit geleistet, die im Geiste der Revolutionen und unter der Entfaltung der Oppositionspresse heute noch lange nicht überall erkannt ist. Die vorordentliche Aufgabe aber ist die Beerdigung der wirtschaftlichen und sittlichen Gesundung unseres ganzen Volkstums. Arbeit der Führer und Arbeit der Presse muß zusammenwirken, daß der neue Staatsgedanke einwurzelt, daß Tausende die politische Freiheit ergreifen, die ihnen die Befreiung gewährleistet und daß die Reichsregierung überhand nehme. Nur zwei Schranken bestehen: Bekämpfung des Verbrechertums und jeder unsozialen Einstellung einerseits, entschlossene Abwehr aller utopischen Pläne, die in locken aufgerephten Zeiten gleichermäßen schwarzgeistige Prophezeien und erregte Massen hinjureisen drohen. Die Wahlen stehen vor der Tür. Fast sind sie noch wichtiger als die ersten Wahlen zur Nationalversammlung. Vom Ausgang dieser Wahlen darf erhofft werden, daß er einen großen Schritt zur Wiedervereinigung des inneren Gleichgewichts bedeuten werde. Diese Neuwahlen sind eine hochbedeutsame Probe der deutschen Demokratie. Möchten sie Wege weisen zu innerem Frieden, zum Heil unseres geliebten Vaterlandes!

Um die deutschen Milliarden.

Die französischen Forderungen in Osththte.

Der *Matin* schreibt: Seit der Konferenz von Osththte gibt es bei den Verbündeten ein Finanzsystem. Die Engländer schlagen als deutsche Zahlung bekanntlich die Summe von 100 Milliarden in Gold ohne Zinsen, zahlbar in 30 Jahresraten, vor. Es wurden uns 55 Milliarden zugesprochen, aber 55 Milliarden in 30 Jahren ohne Zinsen ergeben wenn man sie heute eskompiziert würde, nur ungefähr 28 Milliarden. Die französische Delegation erklärte, daß die Vorschläge nicht annehmbar seien, und der erste Tag der Konferenz brachte nur Unsicherheit. Am nächsten Tage unterbreitete Millerand Gegenorschläge, die eine Summe von 120 Milliarden in Gold mit Zinsen vorliefen Frankreich soll von diesen 120 Milliarden 66 Milliarden, also 55 Prozent, erhalten; denn die Kriegsschäden in den zerstörten französischen Departements erreichen die Summe von 152 Milliarden und das Kapital, das für die französischen Pensionen notwendig ist, wird mit 58 Milliarden beziffert. Folglich müßte die Summe über unsere Wiedergutmachung 210 Milliarden betragen. Die englische Delegation erkannte die Berechtigung unserer Forderungen an und überließ es den Sachverständigen, sie zu präzisieren. Der *Matin* berichtet weiter: Die englische Regierung hatte zur Erleichterung der deutschen Anleihe vorgeschlagen, man solle sich jeder gleichartigen Anleihe während eines Zeitraumes von fünf Jahren enthalten. Die französische Delegation, die auf das Vorrat, das sie verlangte, verzichtete wollte, schlug ein anderes System vor und ersuchte England, die Abzahlung des Guthabens, das es in Frankreich besitzt, ungefähr 30 Milliarden, den Zahlungen unterzuordnen, die Deutschland an Frankreich leisten würde. England hat diese Anregung gänzlich angenommen, aber keine endgültige Antwort gegeben, da es die Forderung seiner Gläubiger, der Vereinigten Staaten, erst kennen lernen will.

Die englische Presse über Osththte.

Das *Chronicle* schreibt zu dem Ergebnis der Konferenz in Osththte: Die leitenden Staatsmänner haben sich über einen vernünftigen Plan geeinigt, durch den zwischen den deutschen und den alliierten Schutden eine Verbindung hergestellt wird. Die Last dieser Kombination fällt in erster Linie auf England. Aber vom Standpunkte der Billigkeit und Klugheit läßt sich viel für den Plan sagen. — Die *Westminster Gazette* bedauert das Fernbleiben Amerikas. — Das *New News* stimmt der gegenseitigen Schuldvergebung von ganzem Herzen zu. — Nur *Evening News* fragt, ob es in der Ordnung sei, daß England bei seiner jetzigen Finanzlage zugemutet werde, unter Umständen einen großen Betrag abzuschreiben.

Keine Bezahlung der Streiktage.

Der Reichsrat beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit dem Entwurf über die Entschädigung der Arbeitnehmer für Verluste an Arbeitseinkommen aus Anlaß des Generalstreiks. Der Berichterstatter führte alle Momente an, die im Ausschuß für und gegen die Vorlage vorgebracht worden waren, ob z. B. auch diejenigen Streikenden eine Entschädigung erhalten sollten, die durch den Streik gegen die Regierung gearbeitet hätten, ob die Arbeiter der lebenswichtigen Betriebe, die durch den Streik die Allgemeinheit schwer gefährdet hätten, entschädigt werden sollten, und ob nicht auch

Arbeitgeber zu entschädigen seien, die zum Teil durch Stilllegung ihrer Betriebe außerordentlich großen Schaden erlitten hätten. Die Mehrheit des Ausschusses sei der Ueberzeugung gewesen, daß diese Materie nicht in der vereinfachten Form der Gesetzgebung im Verordnungswege erledigt werden könne und habe deshalb die Verordnung abgelehnt.

Reichsminister Dr. David erklärte, daß der Weg über die Nationalversammlung nicht mehr gangbar sei, es sei ganz unzulässig, diese Vorlagen auf gesetzgeberischem Wege noch unter Dach und Fach zu bringen. Die Ablehnung auf dem Wege der Verordnung bedeute das Fallen der Vorlage, was er namens der Regierung sehr bedauern würde. In der Abstimmung wurde die Vorlage mit 39 gegen 15 Stimmen abgelehnt, nachdem ein Vertreter Preußens erklärt hatte, daß der Reichsrat zu einer materiellen Prüfung der Vorlage im Wege der Gesetzgebung bereit sei.

Die Not der steigenden Valuta.

W. W. Früher hieß es der sinkende Wert des deutschen Geldes verteuert die Rohstoffe und damit die wichtigsten Gebrauchsgüter. Man hoffte, daß unsere Valuta doch recht bald wieder steigen möchte, damit es uns besser gehe. Jetzt ist die Valuta gestiegen und steigt immer weiter, aber die wirtschaftliche Entwicklung geht nicht bergan. Die Kursentwicklung der deutschen Mark seit Januar dieses Jahres wird durch folgende Riffern gekennzeichnet:

Der holländische Gulden kostete an der Berliner Börse:

am 6. Januar 1920	18.58 Mt.
am 27. Januar 1920	42.00 Mt.
am 10. Mai 1920	18.63 Mt.

Der deutsche Markkurs hat also in 15 Wochen das wieder eingeholt, was er im frühesten Teil der Zeit, im drei Wochen, zu Beginn dieses Jahres verloren hatte. Nun hat sich in der Volkswirtschaft der Saß als richtig erwiesen, was man früher nur auf einzelne Betriebe anwenden zu können glaubte, nämlich, daß die Preise für fertige Waren um einige Monate hinter den Schwankungen der Rohstoffpreise nachhinken. Die durch den Tiefstand des Markkurses Ende Januar bedingte Verteuerung ausländischer Rohstoffe kam auf den Markt der fertigen Erzeugnisse erst im Laufe des April voll zur Wirkung. In Erwartung eines weiteren Sinkens oder doch eines fortdauernden Tiefstandes des Markkurses haben die Rohstoffimporteure und Fabrikanten fortlaufend beträchtliche Mengen teurer Rohstoffe gekauft, die noch jetzt nicht vollständig verarbeitet sind. In noch viel größerem Umfange liegen aber die daraus gewonnenen fertigen Erzeugnisse in den Lagerräumen der Händler und Fabrikanten. Der inländische Verbraucher, dem es schließlich einleuchtet, daß der Kurs der deutschen Mark die Preise verteuert, erwartet nun beim Steigen des Markkurses ein schnelles, erhebliches Sinken der Preise und kauft nur das Allernotwendigste. Die hohen Rohstoffpreise und die inzwischen gewaltig gestiegenen Löhne und anderen Produktionskosten haben die Erzeugnisse der deutschen Industrie auf einen noch nie dagewesenen Grad verteuert. Das Inland kauft nicht, weil es einen Preissturz erwartet; das Ausland kauft nicht weil der deutsche Markkurs inzwischen solche Höhe erreicht hat, daß die Waren-Spekulanten draußen an unseren Exportgütern nicht mehr genug verdienen. So ist fast mit einem Schlag der Inlands- und Auslandsabsatz zum Siehen gekommen. Was wird die Folge davon sein?

Die oft aus ganz anderen Gründen in den Handel eingebrungenen Gelegenheits-Kaufleute, Schieber, Wucherer und Kettenhändler, die sich meist bis zur Grenze ihres Vermögens mit Waren vollgeladen haben, können eine Unverkäuflichkeit ihrer Vorräte wahrscheinlich nur kurze Zeit ertragen. Um ihre laufenden Verpflichtungen zu erfüllen, werden sie ihre Waren — nötigenfalls auch zu Verlustpreisen — abstoßen müssen. In diesen Strudel würde dann auch der solide Kaufmann und der direkt verkaufende Fabrikant hineingerissen werden. Die Preise würden dann allerdings sinken, aber zahlreiche Betriebe würden die Produktion einschränken und Arbeitskräfte entlassen. Selbst wenn die Löhne nicht schneller sinken sollten als die Preise, würden den Massen Erwerbsloser die billigeren Waren genau so unerreichbar sein wie früher die teuren. Das Reich würde eingreifen, die Erwerbslosen unterstützen und neue Verbrauchschulden übernehmen müssen. Damit würde das Steigen des deutschen Markkurses — das übrigens genau so unberechtigt ist wie vor vier Monaten der jähe und tiefe Sturz — aufhören und die Schaukel würde nach der entgegengesetzten Richtung schwingen. Und so wird es weiter gehen, bis es endlich gelingt, den deutschen Markkurs auf einer ertäglichen Höhe ungefähr stabil zu halten. Das wird erst eintreten, wenn wir den spekulativen Nachenlasten inländischer und ausländischer Gewinnler die einzige ausgleichende Kraft entgegenstellen, die uns zu Gebote steht: Steigerung der Arbeitsleistung vornehmlich auf den Gebieten der Urproduktion: Landwirtschaft und Bergbau, durch Ueberführung industrieller Arbeitsloser auf das Land und in die Gruben- und Distrikte.

Deutsche Frauen.

Der Reichsausschuss von Frauen der Deutschen demokratischen Partei veröffentlicht nachstehenden Aufruf:

Ein Wahlsieg der äußersten Linken wie der Rechten brächte keinen anderen Gewinn als Bürgerkrieg, eine Zerstückelung Deutschlands und damit das Joch der Fremdherrschaft. Nur die Demokratie kann den Bürgerkrieg verhüten und die innere Einheit des Vaterlandes neu festigen. Von links und rechts wurde gegen die sich bildende Autorität des Volksstaates gehetzt. Aber wir Frauen erkennen dankbar an, daß manches, aller Verleumdung zum Trotz, erreicht worden ist:

1. Die Koalitionsregierung hat die Schmach eines Auslieferung deutscher Volksgenossen an die Entente abgewehrt.
2. Unsere Gefangenen sind endlich heimgekehrt und ihren Familien zurückgegeben. Eine Diktatur von rechts oder links hätte das nicht erreicht.
3. Die Weimarer Verfassung hat die Reichsautonomie gewahrt und neue Grundlagen der inneren Ordnung geschaffen. Diese Verfassung stellt die Familie als Grundzelle des Staates hin und erkennt die durch die Revolution bedrohte Wertung der religiösen Erziehung an. Sie ist das Werk eines demokratischen Ministers; sie zeugt von der Mitarbeit demokratischer Frauen. Sie hat den Grundzug: gleicher Lohn für gleiche Leistung, diese erste Forderung der weiblichen Berufsorganisationen, gesetzlich festgelegt. Die Reichsparteien und die äußerste Linke haben diese Verfassung abgelehnt.
4. Aus tiefer Not begann der wirtschaftliche Aufstieg, die Arbeitslosigkeit wuchs, die Kohlenförderung sank, die Valuta fiel. Wir wären heute schon weiter ohne den verbrecherischen Kapp-Putsch. Nur eine Festigung der Demokratie kann das Wirtschaftsleben heben. Nicht Maschinenabwehr und Gewalt beleben den Willen zur Arbeit, sondern Ruhe, Vertrauen und Einsicht.
5. Die Regierung muß einen zähen Kampf führen gegen die Schädlinge, die durch Wucher- und Scheitertum unser Wirtschaftsleben bedrohen und unsere Ehre beslecken. Die ununterbrochene Wählererei von rechts und links gegen die Autorität der vollgewählten Regierung schwächt sie in diesem Ringen.
6. Keine Kritik von rechts oder links mag es zu leugnen, daß unsere demokratischen Minister untadelhaft in Amtsführung und Gesinnung dastehen. Unsere Partei kann Sachminister stellen!

Revision des Friedensvertrages ist das Ziel unserer Außenpolitik. Erreichen kann es nur die Demokratie! Wir können es nicht glauben, daß ein Staat oder eine Familie gedeihen kann ohne Liebe, auf Grund des Klassenkampfes von links oder rechts. Gerechtigkeit, die auch die Frauen als vollberechtigte Staatsbürger anerkennt, ist das Fundament des Volksstaates. Ueberwindung der Klaisengegenstände ist das Ziel unserer inneren Politik, das wahrhaft nationale Ziel der Demokratie.

Keine politische Meldungen.

Ablehnung der deutschen Protestnote über Cupen und Malmedy. Aus Rom meldet man der Frankf. Ztg.: Die römische Zeitung des Völkerbundes beschloß auf die deutsche Protestnote zu antworten, der Völkerbund sei nach Art. 34 nicht berechtigt, in das Abstimmungsverfahren von Cupen und Malmedy einzugreifen, sondern könne erst nach Ablauf eines halben Jahres, nach Inkrafttreten des Vertrages, die unter der belgischen Leitung erfolgte Abstimmung prüfen und darnach seine Entscheidung treffen. Ferner sei der Völkerbund einflusslos in bezug auf die Zuweisung der Bahnlinie Höhren-Kaltenherberg.

Aufhebung eines politischen Geheimbureaus. Die Voss. Ztg. meldet: Am 16. Mai ist in Schwerin ein politisches Geheimbureau des Stabs Kapitän von Borbeck aufgehoben worden. Ferner wurden auf verschiedenen Gütern in der Nähe von Güstrow eine große Menge Waffen, Munition und Flugzeuge beschlagnahmt.

Strahendemonstrationen in Berlin. Ein Demonstrationzug von mehreren tausend Arbeitlosen und Kriegsbeschädigten bewegte sich gestern vormittag durch das Regierungsverbot, am vor den Regierungsgebäuden in der Wilhelmstraße zu demonstrieren. In dem Zuge trug man Schilder mit der Aufschrift: Geht uns Arbeit! Geht uns Brot! Aber keine Almosen! Auch verschiedene rote Fahnen wurden im Zuge getragen. Die Demonstration verlief vollkommen ordnungsgemäß und ohne irgendwelche erhebliche Verkehrsstörungen.

Die Kommunistengefahr. Infolge der Aufdeckung des Aufschlusses der Kommunisten, dessen Ausführung am 5. Juni geplant war, haben Verhaftungen von kommunistischen Führern im Reichsgebiet bereits eingesetzt. In Berlin sind acht Verhaftungen von Kommunisten, in Mannheim fünf und in München vier Verhaftungen erfolgt. Auch die Anwesenheit mehrerer russischer Sowjetvertreter in Berlin ist festgestellt.

Amerikanische Handelsvertreter in Berlin. Amerikanische Handelsvertreter sind in Berlin eingetroffen, um die Wiederaufnahme des Handelsverkehrs zwischen Amerika und Deutschland in die Wege zu leiten. Sie reisen Freitag früh in das westdeutsche Industriegebiet ab.

Konflikt in der Grenzkommission für das Saargebiet. Die deutschen Mitglieder der Grenzkommission für das Saargebiet haben, wie zuverlässig verlautet, Vorbereitungen zu ihrer Abreise aus dem Saarbecken getroffen. Man glaubt daraus schließen zu dürfen, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen den deutschen und Ententemitgliedern der Grenzkommission entstanden sind und es hat den Anschein, daß entgegengesetzte Auslegungen des Sinnes des Friedensvertrages von Versailles den Grund dieser Meinungsverschiedenheiten bilden könnten.

Die Einigungsverhandlungen im Zentrum gescheitert. Die Soffnung der scheinlichen Zentrumsführer, durch Mandatszugehörigkeiten die unzufriedenen Elemente, die sich losgelöst und eine neue christliche Volkspartei gegründet haben, noch einmal zurückzuholen, hat sich nicht erfüllt. Der Führer der Admittischen Zentrumspartei Sings teilte in einer Wahlversammlung mit, die nochmals gepflogenen Verhandlungen seien gescheitert, da die Vertreter der Christlichen Volkspartei erklärten, sie hätten bereits eine besondere Kandidatenliste für sechs bis sieben Wahlbezirke aufgestellt.

Die Pläne türkscher Nationalisten. Times melden, daß Enver Pascha in Batu eingetroffen ist und 50 000 Russen auf dem Wege nach Georgien sind, um sich mit Mustafa Kemals Truppen zu vereinigen. Die fremden Missionen in Batu mit Ausnahme der persischen sind interniert worden. Der Daily Telegraph meldet, daß Georgien den Frieden mit den Bolschewisten unterzeichnet hat.

Thraziens Auflehnung gegen die Griechen. Eine Athener Depesche meldet: Ganz Thrazien, das im Friedensvertrag den Griechen zugesprochen wurde, steht wie ein Mann gegen die Griechen auf. Die Erhebung wird durch türkische Offiziere geleitet; die bisher durch die Zensur gefesselte Athener Presse greift schonungslos Venizelos' Erbfeind an, der Griechenland ins Verderben stürzt.

Erster sächsischer Handwerkertag.

Im Anschluß an die Auflösungsverammlung des Sächsischen Innungsverbandes fand am Himmelfahrtstage in Handwerkervereinsräume in Chemnitz der erste Handwerkertag vom Landesauschuss des sächsischen Handwerks statt. Es wird uns jetzt darüber das Nachstehende berichtet: Die Tagung war von 300 Vertretern aus allen Teilen des Landes besucht. Obermeister August (Dresden) leitete die Versammlung und begrüßte die Vertreter der Gewerbetreibenden Chemnitz, Dresden, Plauen und Zittau, sowie die Vertreter des Submissionsamtes, als der wirtschaftlichen Zentralstelle des sächsischen Handwerks. Als erster Redner sprach der Mitglied der Nationalversammlung Obermeister Bioner (Chemnitz) über die wirtschaftliche und politische Stellung des Gesamthandwerks in der Befehlsgebung und im öffentlichen Leben. Er begrüßte den Zusammenschluß des Handwerks in Reich und in Sachsen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß damit eine neue Epoche in der Handwerkergeschichte entstehen möge. Das Handwerk sei dazu berufen, die Macht des Geldes auf Kosten der Persönlichkeit zu brechen, und es sei durch die in ihm liegende Möglichkeit des Aufstieges zur Selbstständigkeit dazu berufen, zur sozialen Verbesserung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beizutragen.

Als zweiter Redner sprach Bürgermeister a. D. Dr. Scherle über die Selbsthilfe des Handwerks und stellte als obersten Grundgedanken auf: Selbstverwaltung und Selbstbestimmung in allen das eigene Fach betreffenden Fragen. Redner wies auf die Maßnahmen zur wirtschaftlichen Gesundung des sächsischen Handwerks hin, wie sie vom Submissionsamt in Angriff genommen werden. Syndikus Weber (Dresden) sprach sodann über die Stellungsfrage des Handwerks zu den kommenden Wahlen und führte u. a. aus, daß die politischen Parteien dem Handwerk leider nicht das Verständnis entgegengebracht hätten, wie man in dem überwiegend gewerblichen Sachsen erwarten durfte. Des weiteren drachte er das vom Landesauschuss und dem Reichsverband des deutschen Handwerks vereinbarte Handwerkerprogramm zum Vortrag, das allen politischen Parteien vorgelegt werden soll und auf das die Kandidaten des Handwerks verpflichtet werden sollen. In der Aussprache wurde mehrfach die Auffstellung eigener wirtschaftlicher Listen gefordert.

Lebhafte Entrüstung wurde laut, als der Antrag der Tharandter Innungen verlesen wurde, der eine Staffelung der Zwangs-Telephonanleihe fordert. Ihre schematische Ausdehnung auf alle Betriebe sei eine Unterbindung der wirtschaftlichen Entwicklung des Kleingewerbes. Es wurde nachstehende Entschließung gefaßt, die unbenutzbar an das Reichspostministerium weitergegeben werden soll:

Der erste sächsische Handwerkertag, besucht von etwa 300 Vertretern des Handwerks aus allen Gegenden des Freistaates Sachsen, erhebt schriftlichen Protest gegen die Zwangs-Telephonanleihe. Er fordert auf das nachdrücklichste die Verdrängung der besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse des erwerbstätigen Mittelstandes durch eine ev. Staffelung und nimmt den Schluß des Artikels 164 der Reichsverfassung für sich in Anspruch. Das sächsische Handwerk verlangt die Abänderung der Zwangsanleihe im obigen Sinne als Bestandteil der Reichsverfassung zu Artikel 164 der Reichsverfassung.

Die Organisation des gesamten sächsischen Handwerks.

Der reiflose Zusammenschluß des sächsischen Handwerks ist nunmehr zur Tatsache geworden und mit Genugtuung kann der Landesauschuss des sächsischen Handwerks auf das gelungene Werk zurückblicken. Die Grundlage des Zusammenschlusses bildet die sachberufliche Gliederung. Die einzelnen Berufsgruppen sind in ihren Forderungen und Landesberufsverbänden gesammelt worden, die allein in der Lage sind, die sächsischen Wünsche und Aufgaben zu erfüllen. Den Sachverbänden wird in der zukünftigen Wirtschaftsordnung eine viel größere Bedeutung zufallen, als das bisher der Fall war, die aber bereits die Kriegswirtschaft erkennen ließ. Sie sollen die starken Säulen der Gesamtorganisation des Handwerks bilden. Da aber die Interessen der einzelnen Berufe heutzutage über reine Fachfragen hinausgehen und ebenso schwerwiegend durch allgemein wirt-

chaftliche Fragen beeinflußt werden, ist eine zentrale Vertretung gegenüber der Regierung, den städtischen und kommunalen Behörden notwendig. Die erste Aufgabe fällt dem Landesauschuss des sächsischen Handwerks zu, der sich auf den Landesberufsverbänden aufbaut. Aber auch in den Amtshauptmannschaften und Städten ist eine Zusammenfassung des Gesamthandwerks notwendig. Diese Aufgabe erfüllen die Bezirksauschüsse und Unterorgane, die Innungsbzw. Ortsauschüsse.

Die Gründung von Bezirksauschüssen hat außerordentlich weite Fortschritte gemacht und steht vor dem Abschluß. Sie haben sich als eine dringende Notwendigkeit erwiesen und sind zu einem Mittelpunkt des Gewerbes im wahren Sinne des Wortes geworden. Sie unterstützen die Innungen bei der Durchführung ihrer Aufgaben und arbeiten mit den zuständigen Gewerbetreibenden, den Sachverbänden, dem Submissionsamt und dem Landesauschuss des sächsischen Handwerks Hand in Hand. Die Bezirksauschüsse werden durchgängig von allen Behörden anerkannt und bei allen Fragen, die das örtliche Handwerk betreffen, gehört. Geschäftsteile mit hauptamtlicher Geschäftsführung bestehen im Bezirk der Amtshauptmannschaften Plauen (Syndikus Dr. Engraber), Zwickau (Syndikus Dr. Schilling), Plauen (Syndikus Dr. Sirt), Glauchau (Geschäftsführer Gohammer), Freiberg (Geschäftsführer Ihle), Chemnitz (Syndikus Vo'e), Döbeln (Syndikus Dr. Mariani), Sächsischer Annaberg und Marienberg (Syndikus Liebers), Weibitz (Obermeister Kötsche) und Dresden-Mittstadt mit Dresden-Neustadt (Geschäftsführer Soldt). Dazu kommen die noch bisher bereits hauptamtlich besetzten Innungsausshüsse von Chemnitz und Leipzig, so daß das sächsische Handwerk über eine ganz ansehnliche Zahl gewählter berufstätiger Vertreter verfügt. Geschäftsfellen mit nebenamtlicher Geschäftsführung besitzen die Bezirksauschüsse Geisnitz i. B. (Holzbildhauer Köhler), Wörschütz (Gewerbestandortdirektor Jöcher), Baulitz (Obermeister Klähre) und Pitzau (Obermeister Köditz). Die wirtschaftliche Zentralstelle für das sächsische Handwerk bildet das Submissionsamt, in dem auch der Landesverband gewerblicher Genossenschaften vertreten ist. Die berufliche und wirtschaftliche Spitzenvertretung sind unter Wahrung ihrer Selbstständigkeit vertraglich miteinander verbunden und arbeiten mit den sächsischen Gewerbetreibenden Hand in Hand. So ist für das sächsische Handwerk endlich einmal eine vollendete Organisation geschaffen, innerhalb der die Interessen des Handwerks reiflos vertreten werden können.

Von Stadt und Land.

Mai, 18. Mai 1920.

Die erhöhten Fernspreckgebühren.

Vom 1. Juli ab.

Ein Fernsprekanschluß, der von seinem Amte nicht mehr als 5 Kilometer entfernt liegt, kostet vom 1. Juli bei Pauschalgebührenezahlung jährlich in Regen bis zu 50 Teilnehmern: 320 M., bis zu 100: 400 M., bis zu 200: 480 M., bis zu 500: 580 M., bis zu 1000: 800 M., bis zu 5000: 640 M., bis zu 10 000: 680 M., bis zu 20 000: 720 M., bis zu 50 000: 760 M., bis zu 100 000 Teilnehmern: 800 M.; (für je 50 000 weitere Teilnehmer erhöht sich die Gebühr um 40 M.); bei Grundgebührenezahlung in Regen bis zu 1000 Teilnehmern: 240 M., bis zu 5000: 300 M., bis zu 10 000: 360 M., bis zu 20 000: 400 M., bis zu 50 000: 440 M. und bis zu 100 000 Teilnehmern: 480 M.; (für je 50 000 weitere Teilnehmer treten ebenfalls 40 M. hinzu). Für ein Ortsgespräch werden 20 Pf. erhoben. In Fernspreckgebühren werden für eine Verbindung von drei Minuten Dauer zwischen verschiedenen Orten mit öffentlichen Sprechstellen erhoben bis zu 25 Kilometer 2 M., bis zu 50 Kilometer 1 M., bis zu 100 Kilometer 8 M., bis zu 500 Kilometer 4 M., bis zu 1000 Kilometer 6 M., bei mehr als 1000 Kilometer 8 M. Dringende Gespräche kosten das Dreifache. Für bringende, Preisgespräche soll unter besonderen Bestimmungen nur die einfache Gebühr erhoben werden, wenn eine Beeinträchtigung des übrigen Verkehrs vermieden wird. Die Zahlung des Ausbaubetrages von 1000 M. für einen Haupt- und 200 M. für einen Nebenanschluß ist auch in Teilzahlung zugelassen bei einer Verzinsung mit 4 Prozent. Bei Aufhebung des Anschlusses wird der volle Betrag zurückgezahlt. Bis zum 15. Juni wird eine verkürzte Kündigungsfrist für den 30. Juni 1920 gewährt, und ab 1. Oktober kann der Teilnehmer von einer höheren Gebühreneart (Pauschalzahlung) zur niederen (Grundgebührenezahlung) überreten. Die Nebenanschlüsse des Hauptstelleninhabers, die nicht auf dem Grundstück der Hauptstelle liegen, sind künftig nicht teurer als die darauf gelegenen; für alle Nebenstellen wird dagegen die ganze Verbindung berechnet; die ersten 100 Meter nicht mehr frei. Die zuschlagspflichtige Leitungslänge wird künftig nach der Luftlinie gemessen. Die Wortspauschalgebühr wird auf 1000 M. erhöht. Gespräche im Orts- und Nachbarortverkehr von öffentlichen Sprechstellen aus kosten wie bisher 20 Pf., weil es an Zehnpennistücken fehlt; ein Mangel, der sich schon bei diesem Sage störend bemerkbar gemacht hat.

Geschworenenauslosung. In öffentlicher Sitzung des Landgerichts in Zwickau wurden die 30 Geschworenen ausgelost, die an den Sitzungen des Schwurgerichts im zweiten Vierteljahr teilnehmen haben. Das Los fiel dabei auf folgende Herren aus dem Bereiche der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg: Privatmann Cypzig in Johanngeorgenstadt, Fabrikdirektor Röbling in Lauter, Fabrikbesitzer Böhdasel, Glaschleifer Müller in Carlsefeld, Siegelbesitzer Reißner in Zschopau, Stiefmachereibesitzer Unger in Hundshölzl, Lagerhalter Immertal in Neustädtel. Die Stadt Aue entsendet diesmal also keinen Geschworenen zu den Sitzungen des Schwurgerichts, die voraussichtlich Mitte Juni beginnen werden.

Quartierhilfe im Bezirk der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg. Die Kinderhilfsmission der Religiösen Gesellschaft der

Freunde (Quäker) von Amerika liefert zur Zeit in den Bezirke der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg unentgeltlich Lebensmittel zur täglichen Speisung von 1300 bedürftigen unterenährten Kindern im Alter von 6 bis 14 Jahren.

Ernteausichten in Sachsen. Durch die Presse geht eine Notiz, daß in diesem Jahre mit einer um vier Wochen früheren Ernte zu rechnen sei.

Elternversammlung an der Oberrealschule. Die Lehrerschaft der Oberrealschule hatte für gestern Abend zu einer Elternversammlung eingeladen, zu der fast alle Mitglieder der Oberrealschulskommission und zahlreiche Eltern der Schüler und Schülerinnen erschienen waren.

Die Ausgabe der Kohlenkarten in Aue findet am Donnerstag und Freitag (20. und 21. Mai) statt.

Der Schneeberger Kreisverein für innere Mission feiert in diesem Jahre sein Jahresfest wiederum am 3. Pfingsttage und zwar in Eibensdorf.

Missionsvortrag. Auf den Missionsvortrag des Missionars Guth aus Seelingstädt über Kriegs- und Friedensbilder aus der ostafrikanischen Mission in der Friedensstraße von Aue ist auch hier aufmerksam gemacht.

Ausgabe von Mähsenmilch. Stiefle Einwohner, die im Besitze von Mähsenmilch sind, diese aber nicht oder nur ungenügend beliefert bekommen haben, erhalten gegen Ausgabe dieser Karten im Ernährungsamt Mähsenmilch zu verschiedenen Preisen.

Einbruchsdiebstahl. In der Wettinerstraße wurde in der vergangenen Nacht kurz nach 9 Uhr in dem Goldschmiedengeschäft ein Einbruchsdiebstahl begangen, dessen Auswirkung durch das rechtzeitige Hinzukommen eines Beamten der Wacht- und Schließgesellschaft aber verhindert werden konnte.

Wahlbewegung.

Id. Reichstagswahl und Landwirtschaft. Der Klub der Landwirte des Bezirks Schwarzenberg hatte für gestern Mittag eine Versammlung nach dem Hotel Blauer Engel einberufen, die nur sehr schwach besucht war.

Das Märchen von Thalheim. Der Ortsverband Aue der Deutschen Demokratischen Partei schreibt uns: Der Leipziger Neuesten Nachrichten brachten am 12. Mai eine Notiz, nach der der Demokratische Verein Thalheim l. Erg. geschlossen zur Deutschen Volkspartei übergetreten sei.

Sport und Spiel.

ri. Gauvorturnerinnenstunde. Die am 16. Mai in Aue stattgefundene Gauvorturnerinnenstunde war von 24 Teilnehmerinnen aus 11 Vereinen besucht worden.

Jugendkriege Sportlust. Zu den Pfingstferien hat die Jugendkriege Sportlust erstklassige Gegner nach Aue verpflichtet. Am 1. Feiertag spielt die erste Mannschaft gegen Vorwärts i. Velje.

Gerichtssaal.

Zweimal eingestiegen ist der 20jährige, bereits vorbestrafte Handarbeiter Max Härtel aus Aue nachts in die Wohnung der Eheleute Schindler in Neustädte.

Letzte Drahtm Nachrichten.

Die Konferenz in Spa. Berlin, 19. Mai. Was das Datum der Konferenz in Spa, so sind auch die Nachrichten über die Wiedergutmachungsummen schwankend und unsicher.

Die schwarze Kulturhande. Berlin, 19. Mai. Es besteht der Plan, am Donnerstag in der Nationalversammlung eine Interpellation

wegen der schwarzen Truppen einzubringen, auf welche die Regierung antworten wird. Wenn verschiedentlich die Rede davon gewesen ist, daß in der Schlußphase der Nationalversammlung die Regierung noch eine Erklärung über Spa abgeben werde, so hört die Deutsche Allgemeine Zeitung, daß eine solche Erklärung nicht vorgesehen sei.

Die Belgier in Monchan.

Berlin, 19. Mai. Zu der Befragung des Kreises Monchan durch Belgier sagt die Deutsche Allgemeine Zeitung: Wir sind der Meinung, daß in dieser Frage ebenso das letzte Wort noch nicht gesprochen ist wie in derjenigen der Volkabstimmung in den Kreisen Eupen und Malmedy, für deren Unparteilichkeit bisher keinerlei Bürgschaften geschaffen sind.

Galische Beschlagnahme.

Berlin, 19. Mai. Auf die Mitteilung der britischen Regierung, daß nach einer von ihr veranlaßten genauen Untersuchung die Meldung der B. Z. und des Hamburgerischen Korrespondenten vom März d. J., wonach sich Mannschaften zweier englischer Zerstörer schwere Sittlichkeitsverbrechen gegenüber deutschen Winderjährigen schuldig gemacht haben sollten, sich als völlig grundlos erwiesen habe, hat, wie amtlich mitgeteilt wird, die deutsche Regierung eine neue Untersuchung veranlaßt.

Der Danziger Volksrat.

Berlin, 19. Mai. Der Danziger Volksrat wird sich nach dem Wahlergebnis zusammensetzen aus 34 Deutschnationalen, 21 Unabhängigen, 19 Mehrheitssozialisten, 17 Zentrumsvorteilern, 12 Abgeordneten der freien wirtschaftlichen Vereinigung, 10 Demokraten und 7 Polen.

Klerge und Krankenkassen.

Berlin, 19. Mai. Während sich im Reich durch den Abbruch der Verhandlungen durch die großen Krankenkassenorganisationen die Verhältnisse zugespitzt haben, scheint sich in Berlin eine Einigung zwischen den Klergen und Krankenkassen anzubahnen.

Riesenkampf auf den Hamburger Werften?

Berlin, 19. Mai. Angelehnt der Drohung eines Riesenkampfes auf den Werften in Hamburg läßt es der Vorwärts für erforderlich, daß der Reichsausschichtsminister nachdrücklich eingreife.

Anschluß Tirsd an Deutschland.

Hansbrück, 19. Mai. Gestern fand in St. Johann ein großer Bezirksbauerntag statt, bei welchem eine vom Landeshauptmann Scharrf vorgeschlagene Resolution, die den sofortigen wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland verlangt, unter großem Beifall angenommen wurde.

Streikbewegung in Saarbrücken.

Paris, 19. Mai. Der Sekretär der Gewerkschaft der Eisenbahner Leveque ist gestern verhaftet worden.

Paris, 19. Mai. Die Gasarbeiter haben gestern vormittag beschlossen, im Hinblick auf die Haltung der Delegierten der Eisenbahngewerkschaft die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Paris, 19. Mai. In der gestrigen Sitzung der Kammer wurde der Beschluswurf über die Neuregelung der Verwaltung der französischen Eisenbahnen dem Ausschuss für öffentliche Arbeiten überwiesen.

Hans, 19. Mai. Die Neuwie Courant aus London meldet, sollen die Volkswirtschaften in Baku festgenommenen auswärtigen Missionen wieder auf freien Fuß gesetzt haben, mit Ausnahme der englischen, die zur Arbeitsleistung im Hafen gezwungen wurde.

Hans, 19. Mai. Die Neuwie Courant meldet, hat der Botschafter von Indien eine Botschaft an die Mohammedaner Indiens gerichtet, in der er sagt, die Friedensbedingungen für die Türkei seien nach eingehender Befragung der mohammedanischen Vertreter aller Länder aufgestellt worden.

Kirchennachrichten.

Friedenskirche. Donnerstag, den 20. Mai, abend 8 Uhr: Missionsstunde mit Vortrag des Herrn Missionar Guth über: Kriegs- und Friedensbilder aus der ostafrikanischen Mission. Tischbilder und Einzelgelang.

Wer etwas zu verkaufen hat, Wer etwas zu kaufen wünscht, Wer etwas zu vermieten hat, Wer etwas mieten will, Wer Angestellte sucht, Wer eine Stelle sucht, Der wird durch eine Anzeige im Auer Tageblatt den gewünschten Erfolg haben.

Vermischtes.

Ausfuhrerlaubnis für deutsche Schuhe. Mit Rücksicht auf die darniederliegende Schuhindustrie hat das Reichswirtschaftsministerium die Ausfuhr von Luxus- und hochwertigen unter gewissen Einschränkungen gestattet.

Denkmals-Schänder. In Straßburg sind Studenten in das Universitätsgebäude eingebrochen und haben das dort aufgestellte Germania-Standbild zerstört.

Ein Sohn des Generals v. Billow in Rumänien erschossen. Aus Budapest wird der Volk. Zig. gemeldet: In der Nähe von Mako an der neuen rumänisch-ungarischen Grenze hatten zwei Personen ein Boot gemietet und zwei rumänische Soldaten gegen Entgelt veranlaßt, sie mit dem Boot und ihrem Gepäck von der ungarischen auf die rumänische Seite des Maroschflusses überzusetzen.

wurden die beiden Passagiere von den Soldaten angehalten; ihr Gepäck sollte durchsucht werden. Die beiden Passagiere legten sich zur Wehr, und es entspann sich ein Kampf.

Festnahme von Schiebern. Die Berliner Kriminalpolizei verhaftete den als Schieber bekannten Händler Adolf Rüttig aus Düren, der gemeinsam mit einem Angehörigen des Postfachamts Rölln dieses durch Fälschungen um 250000 Mark betrogen hat.

Die Werbungen für die französische Fremdenlegion. Französische Werber durchziehen in großer Anzahl seit einigen Wochen Deutschland, um junge Leute zum Eintritt in die Fremdenlegion zu bewegen.

Chilenische Hilfe für deutsche Kinder. Eine Anzahl chilenischer Damen hat in verschiedenen Städten Chiles Komitees gegründet, um den durch den Krieg in Not geratenen Kindern in Deutschland und Österreich zu Hilfe zu kommen.

Hamburg bestimmte, und 20000 Bächen der Gattin des Reichspräsidenten zur Verteilung an Waisen in Berlin zur Verfügung stellte. Frau Ebert überließ diese willkommene Spende dem Magistrat, der durch den Wohlfahrtsausschuß für die Verteilung im Sinne der Spender Sorge tragen wird.

Die Feier der Heiligensprechung der Jeanne d'Arc in Rom gestaltete sich zu einem großartigen Kirchenfest. Allein aus Frankreich waren mehr als 20000 Pilger eingetroffen, außerdem sechs Kardinäle und 60 Bischöfe.

Schweinefleisch als Brennmaterial. Reuter meldet aus Noworossisk eine wie ein verpöhter Aprilscherz anmutende Verwendung von Schweinefleisch als Brennmaterial.

Ein Zug des Roten Kreuzes der amerikanischen Hilfsexpedition hatte das letzte Holz verfeuert und drohte den Rotgardisten in die Hände zu fallen, als die Amerikaner sich entschlossen, einen Waggon mit Schweinefleisch in Bächen zu opfern und dieses fette Fleisch zu verfeuern.

Nach längerer Krankheit verschied gestern nachmittag mein lieber Gatte, unser Vater, Bruder, Groß- und Schwiegervater, der Drahtziehmaler Friedrich Albin Kramer in seinem 70. Lebensjahre.

Zigaretten- und Zigaretten-Haus Erich Wilms, Aue, Markt 1, Filiale Schwarzenberg, Bahnhofstr. 10. Tabak (pa. Ware) ein-geöffnet. Zigaretten-Tabak, prima Ware, Paket 13.- und 16.50 Mark.

Donnerstag, den 27. Mai, abend 8 Uhr eröffnen wir in der II. Bürgerschule einen Anfängerkursus für Damen und Herren, sowie den Fortbildungskursus.

Wünschelrute stellt seit 1911 die Grundwasseradern fest. Kultur-Ingenieur Dr. Claus, Plauen, a. St. Schneeberg, Wühlberg 580 B.

Wäsche zum Waschen und Plätten. Innerhalb einer Woche lieferbar, bringende Aufträge umgehend, nimmt an Härtel, Ernst-Papst-Str. 33, I.

Wermeister oder Borarbeiter für Herstellung u. elektr. Bedarfsartikel (Hülsen-Passungen pp.). Derselbe muß gründliche Kenntnisse in Ziehen und Stangen von Blechen aller Art besitzen und die Werkzeuge hierzu anfertigen können.

Bauschlosserlehrlinge sucht unter günstigen Bedingungen Oskar Wendler, Aue, Wettinerstr.

Näherinnen für Oberhemden und Sporthemden außer dem Hause finden dauernde Beschäftigung. Hahn & Fromhold, Annaberg, -Wäschefabrik.

M. 70.- für ausgekämmtes Frauenhaar (Wirtshaar) zahlen per Rilo. Höchster Preis für Stumpfen. Höchster Preis für Sechschal. Stern & Ganger, Perlefabrik u. Haar-großhandlg., Aue i. Erzgeb., Wettinerstr. 48.

Große nahtlose Tuchlappen gegen gute Bezahlung zu kaufen gesucht Ernst Hecker, Metall- und Lackwarenfabrik Aue i. Erzgeb.

Ab 1. Juni sucht junger Herr gut möbliertes Zimmer mit oder ohne volle Pension. Angebote an das Auer Tageblatt unter N. T. 8787 erbeten.

Unsere Diensträume bleiben am Pfingstsonnabend, den 22. Mai geschlossen. Reichsbank-Nebenstelle Aue.

Bin unt. Nr. 235 an das Fernsprechnetz angeschlossen. Tischlermeister Paul, Aue i. Erzgeb.

Mohrentabak Zigarillos echt engl. u. deutsche Zigaretten nur erstklassige Fabrikate empfehlt zu billigsten Preisen. Zigarren- und Zigaretten-Haus Hermann Büngen, Aue i. Erzgeb., Bahnhofstr. Nr. 27a.

Rein! Billig! Gut! Pfeffer 1 Pfd. 15.50, gemahl. 16.50. Zimt 1 Pfd. gemahl. 21.00. Auer Gewerzmühle Bahnhofstr. 35.

Für Bäcker, Gastwirte, Private usw. Trotz steigender Konjunktur werden zu laufend jed. Quantum pa. Schweinefleisch per Pfund 25.50 abzugeben. Erst. Verpackung und Porto per Nachnahme zu je 16 Pf. (Eimer). Arno Winkler, Aue i. Erzgeb., Stadtmannstr. 5.

Hafersoden Bid. 4.- Hafermehl 4.- bei 10 Pfund 3.80. Fett. Süßrahm. Margarin 26.- rein. Schokolade einstmals frisch eingetroffen.

Fritz Drehsler, Wilmersdorf 26. Zöpfe färbt u. repariert billigst in kürzester Zeit.

Rheumatismus Ischias, Herzleiden. Schenke allen Leidenden gerne umsonst, womit ich mich von meinem schweren Leiden selbst befreite, nur Rückkarte erwidelt. Hugo Heinemann, Dornhausen bei Döhlenstein.

Drehstrom-Motor 2.2. G., 5 PS., 120/220 Volt, Kupferw., Kurzschlußanker mit Spannschrauben und Schalter preiswert zu verkaufen. Metall-Industrie Söhst. Tel. 37.

Ein Grund- und ein transportabler Ofen zu verkaufen. Zu erst. im Auer Tageblatt.

Gebr. Zinkbadeanne mit erhalten, zu kaufen gesucht. Angebote unter N. T. 3772 an das Auer Tageblatt erbeten.

Eine gebr. guterhaltene Schneider-Nähmaschine zu verkaufen. Zu erst. im Auer Tageblatt.

Buchbinderarbeiten werden zur Ausführung angenommen. Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H.

Mein am Bahnhof Aue stehendes Lagerhaus verkaufe ich auf Abbruch und erbitte Angebote. Spediteur Gruner, Aue.

Zwei gutgenährte Ziegenböckchen, 6 Wochen alt, zu verkaufen. Wo? sagt d. Geschäft. d. Bl.

Ein Paar weiße Kinderschuhe, Größe 32, zu verkaufen. Bahnhofstraße 38.

Kinderklappstuhl Leder gepolstert, B-Flügelhorn, gebraucht zu verkaufen. Zu erst. in d. Geschäft. d. Bl.

Neue Militär-Zoppe, fast neuen harten Put, Nr. 64 1/2, zu verl. Bernhardt, Niederstraße 19, 1. l.

Zu verkaufen zweifelh. Sportwagen und Kinderkutsche. Bergfreiheit 7.

Gut erhaltenes Kinderbett zu kaufen gesucht. Zu erst. im Auer Tageblatt.

Geld, Betriebskapital an jedermann in jeder Höhe. Grundstücks- und Verkauft. Ewald Schädlich, Aue, Rodauer Straße 4.

Heirat! Bin v. vielen Damen a. Stand. beauftragt dieselben zu einer glückl. Ehe zu verheiraten. Dessen mit u. ohne Vermögen erb. diete. Auskunft d. Concordia, Berlin O. 34. Bester Herr sucht bessere Schlafstelle m. Licht, Ofen u. Gasbenutzung. Angebote unter N. T. 3769 an das Auer Tageblatt.

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.